

Glanz und Elend der deutschen Geschichte
1946 bis 1956
Band 4

Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Band 4/102

Danksagung und Widmung

<p>Ich habe keine Angst vor der Feder, dem Schafott oder dem Schwert. Ich werde die Wahrheit verkünden, wann immer es mir paßt.</p>

<p><i>Mary Harris Jones (1837-1930, nordamerikanische Gewerkschafterin)</i></p>

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

Konrad Adenauer, Alfred Andersch, Hugo Andreae, Ruth Andreas-Friedrich, Raymond Aron, Jork Artelt, James Bacque, André Barmettler, Franz J. Bauer, Reinhart Beck, Friedemann Bedürftig, Hans Joachim Berbig, Ludwig Biewer, Wolfgang Birkenfeld, Georg Bluhm, Günter Böldeker, Karl Dietrich Bracher, Bertolt Brecht, Paul Carell, Werner Conze, Walter von Cube, Hellmuth Günther Dahms, Alexander Demandt, Karlheinz Deschner, Ernst Deuerlein, Adolf Diestelkamp, Hans Dollinger, Klaus Dorst, Hans Ebeling, Willi Eilers, Jürgen Elsässer, Karl Dietrich Erdmann, Frank Fabian, Werner Finck, Norman G. Finkelstein, Jan von Flokken, Josef Foltmann, Josef Foschepoth, Hans Frevert, Karl Wilhelm Fricke, Joseph Frings, Ludwig Adolphus Fritsch, John Gimbel, Hermann Glaser, Victor Gollancz, Alfred Grosser, Peter Grubbe, Frank Grube, Sebastian Haffner, Johannes Hartmann, Hans Heumann, Birgit Hoffmann, Joachim Hoffmann, Wolfgang Hug, Peter Hüttenberger, Bernhart Jähnig, Karl Jaspers, Karl Jering, Barbara Johr, Linus Kather, Ralph Franklin Keeling, Alfred Keil, Heinar Kipphardt, Michael Klonovsky, Erich Kosthorst, Ekkehard Kuhn, Walter Laqueur, Rolf Lasius, Rudolf Laun, Wolfgang Leonhard, Jochen Löser, Hubertus Prinz zu Löwenstein, Golo Mann, Wolfgang W. Mickel, Werner Middelman, Horst Möller, Hanns Möller-Witten, Walter Müller-Bringmann, Heinz Nawratil, Richard Noethlichs, Manfred Oertel, Manfred Overesch, Geoffrey Parker, Hermann Pfister, Karl Ploetz, Heinz-Jürgen Priamus, Kurt Pritzkolet, Winfried Ranke, Peter Rassow, Hans-Werner Rautenberg, Hubert Recker, Gerhard Reichling, Hans-Werner Richter, Gerhard Ritter, Hans Rothfels, Helke Sander, Guntram von Schenck, Alfred Schickel, Theodor Schieder, Carlo Schmid, Heinz Dieter Schmid, Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, Kurt Schumacher, Michael Schwartz, Hans-Peter Schwarz, Michael Sommer, Werner Stein, Alexandra Stiglmyer, Alfred Streim, Michael Stürmer, Arno Surminski, Otto Tauber, Telford Taylor, Robert H. Tenbrock, Karl Teppe, Studs Terkel, Nikolai Tolstoy, Arnold J. Toynbee, Wolfgang Trees, Heinrich Troeger, Johannes Tuchel, Bernd-Jürgen Wendt, Rosemarie Wildermuth, Robert Wistrich, Alfred Maurice de Zayas, Christian

Zentner und Jean Ziegler.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Anstatt eines Vorwortes

Es gibt Situationen, in denen man ein Geheimnis halb preisgeben muß, um den Rest zu bewahren.

Philip Dormer Stanhope 4. Earl of Chesterfield (1694-1773, englischer Politiker und Schriftsteller)

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen viele deutsche Historiker im Rahmen der sogenannten "Reeducation" ("Umerziehung") zwangsläufig die vorgegebenen subjektiven Aussagen und verzerrten historischen Wertungen der alliierten Siegermächte. Die deutsche Geschichtsschreibung wurde dementsprechend einseitig dargestellt und wichtige historische Fakten blendete man nicht selten kurzerhand aus, um den politischen Vorgaben der Sieger zu entsprechen.

Glücklicherweise gab es zu allen Zeiten mutige, gerechte und wahrheitsliebende Geschichtsschreiber, Historiker, Journalisten, Schriftsteller und andere Zeitzeugen, die sich um eine vollständige, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung bemühten, so daß die "Geschichte der Besiegten" zwar vorübergehend verschwiegen, aber letzten Endes nicht ausgelöscht werden konnte.

Im Gegensatz zu der heute besonders ausgeprägten einseitigen politischen Geschichtsschreibung der Sieger berichtet diese Chronik auch aus der Sichtweise der Verlierer, denn wenn man nicht alle Positionen objektiv und angemessen berücksichtigt, sondern wichtige historische Zusammenhänge und unbequeme Tatsachen bewußt verschweigt oder unterschlägt, werden geschichtliche Ereignisse manipuliert und zwangsläufig unkorrekt dargestellt.

Wer Freiheiten aufgibt, um Sicherheiten zu gewinnen, verdient weder Freiheit noch Sicherheit.

Benjamin Franklin (1706-1790, nordamerikanischer Politiker)

Die fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der entsprechenden Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche Geschichte und die Geschichte der jeweils beteiligten Staaten.

Um die Lebensverhältnisse der Menschen und den Zeitgeist der jeweiligen Phasen realistisch darzustellen, werden die Ereignisse durch eine Vielzahl von Zeitzeugenberichten, Berichten von Historikern sowie sonstigen Publikationen erläutert.

Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Daten, Publikationen und Zeitzeugenberichte sind systematisch nach Regionen bzw. Ländern und gegebenenfalls nach historischen Ereignissen unterteilt.

Das Jahre 1946 bis 1956 wurden hauptsächlich durch folgende Ereignisse geprägt:

01.01.1946: Nach dem Zweiten Weltkrieg liegt das Deutsche Reich größtenteils in Schutt und Asche. Überall herrschen chaotische Zustände, so daß die Versorgung der einheimischen Bevölkerung kaum möglich ist. In Mittel- und Westdeutschland sind fast alle Großstädte sowie das Verkehrs- und Nachrichtenwesen zerstört. Der ehemalige deutsche Binnenmarkt wird durch Zonengrenzen unterbrochen. Millionen von vertriebenen Ost- und Volksdeutschen kommen damals zwangsweise in das zerstörte Restdeutschland, in dem sich außerdem noch mehrere Millionen ehemalige ausländische Zwangsarbeiter sowie Kriegsgefangene aufhalten und ungezählte Ausgebombte und Evakuierte nach Unterkünften suchen.

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt später über die damalige wirtschaftliche Lage in Deutschland (x028/155): >>... Der Zustand der deutschen Wirtschaft war so schlimm, wie er nur sein konnte. Ihre industrielle Produktion erreichte nur 27 Prozent des Vorkriegsvolumens.

Dieser alarmierende Rückgang lag zum Teil an der gründlichen Demontage der deutschen Industrie, wie sie der Potsdamer Politik der "Reparationen durch Sachleistungen" entsprach, sie lag aber auch an der Verwüstung durch den Krieg, an der Spaltung des alten Wirtschaftsgefüges durch die Aufteilung in Zonen, schließlich aber auch an mangelnden Arbeitskräften, denn Millionen waren noch in Kriegsgefangenschaft, und die Menschen in Deutschland waren durch Unterernährung und Krankheiten in ihrer Arbeitsleistung deutlich beeinträchtigt. ...<<

02.01.1946: Sämtliche Bergwerke des Saarlandes werden am 2. Januar 1946 unter französische Verwaltung gestellt.

06.01.1946: Das Jahr 1946 bringt keine Verbesserung der Lebensverhältnisse, so daß die Deutschen weiterhin hungern müssen. In der nordamerikanischen und britischen Zone betragen die Lebensmittelzuteilungen für den "Normalverbraucher" nicht einmal 50 % des Mindestbedarfs.

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 10.12.1945 bis 6.01.1946 täglich lediglich 1.699 bzw. 1.521 Kalorien zugeteilt, obwohl ein Erwachsener, der eine normale körperliche Tätigkeit ausübt, täglich rund 3.000 Kalorien benötigt.

Im Ruhrgebiet sind Anfang 1946 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt, 50 % leiden an Hungerschäden und 40 % sind tuberkulosegefährdet.

14.01.1946: In Paris einigen sich 18 Staaten über die Verteilung der deutschen Auslandsguthaben und unterzeichnen am 14. Januar 1946 ein Reparationsabkommen.

Bis 1947 werden Reparationsforderungen in Höhe von 300 Milliarden Dollar geltend gemacht (x111/125).

15.01.1946: Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. Januar 1946 (x111/125): >>Nach Frankreich 286.000 t, nach Belgien 255.000 t, in die Niederlande 171.000 t, nach Dänemark 156.000 t, nach Norwegen 72.000 t und nach Luxemburg 122.000 t.<<

25.01.1946: Am 25. Januar 1946 trifft der erste Vertriebenentransport aus Budweis im Grenzübergangslager Furth im Wald ein. Bis zum 24. Februar werden täglich 4 Züge mit 4.800 Personen abgefertigt. In den einzelnen Bezirken werden meistens schon bestehende Konzentrations- oder Internierungslager als Sammelstellen für die Auszuweisenden eingerichtet. Trotz der getroffenen Vereinbarungen werden viele arbeitsfähige Familienmitglieder in der Tschechoslowakei zurückgehalten. Bei fast jedem Vertriebenentransport ist festzustellen, daß die abtransportierten Familien auseinandergerissen und die arbeitsfähigen Männer in der Tschechoslowakei zurückgehalten werden (x004/120).

31.01.1946: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 31. Januar 1946 aus München (x124/111): >>Die ... Militärregierung ... hat die Zuteilung der neuen Lebensmittelkarten vom Nachweis abhängig gemacht, daß jeder Erwachsene den Film "Todesmüh-

len" über die Konzentrationslager gesehen hat. Nur Bettlägerige sind vom Kinobesuch auf ärztliches Attest hin befreit. ...<<

01.02.1946: In der britischen Zone wird am 1. Februar 1946 die Schulspeisung eingeführt. Die Nahrungsmittelrationen in der französischen Zone werden am 1. Februar 1946 um 25 % gekürzt und betragen täglich nur noch 1.075 Kalorien (x111/132).

Im US-Senat wird am 1. Februar 1946 der Bericht eines britischen Majors zitiert (x028/226): >>... Die schlimmsten Greuel der modernen Geschichte finden in Ostdeutschland statt. Viele Millionen von Deutschen sind auf die Straße geworfen worden. ... (Sie) sterben zu Tausenden auf den Straßen an Hunger, Dysenterie und Erschöpfung. Sogar ein flüchtiger Besuch in Berliner Krankenhäusern ist ein Erlebnis, neben dem Konzentrationslager normal erscheinen. ...<<

04.02.1946: Die "New York Times" berichtet am 4. Februar 1946 über die Tragödie der deutschen Vertriebenen (x028/139-140): >>In Potsdam war man übereingekommen, daß die erzwungene Auswanderung in "humaner und geregelter Weise" durchgeführt werden sollte. Aber wie jedermann weiß, der den schrecklichen Anblick der Empfangsstellen in Berlin und München erlebt hat, vollzieht sich der Exodus (Auszug) unter alptraumhaften Zuständen, ohne internationale Beaufsichtigung, oder auch nur vorgespiegelte humane Behandlung. Wir sind mitverantwortlich für Greuel, die nur (mit) den Grausamkeiten der Nazis zu vergleichen sind ...<<

10.02.1946: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1933-45 fast ständig in KZ-Haft, ab Mai 1946 SPD-Vorsitzender) weist am 10. Februar 1946 den Vorwurf der Kollektivschuld entschieden zurück (x101/12): >>Die Deutschen stehen deshalb vor einer schweren Aufgabe, weil die Welt meint, der Nazismus sei Deutschland gewesen, das ganze Volk sei schuldig. ... Es ist nicht das ganze deutsche Volk schuldig, und wir lehnen eine derartige These ab. ... Immer sind es vor 1933 und nach 1933 große Teile der Deutschen gewesen, die gegen Hitler gekämpft und Mut bewiesen und Leid erduldet haben. ...<<

20.02.1946: Im Rahmen der sog. "Operation Schwalbe" werden am 20. Februar 1946 die ersten Vertriebenen in die britische Zone verfrachtet. Bis Mitte 1947 transportiert man rund 1.360.000 deutsche Heimatlose mit Güterzügen in den Westen (x039/230).

Papst Pius XII. warnt am 20. Februar 1946 vor dem Vorwurf der Kollektivschuld (x268/44): >>... Es gehen verhängnisvolle Irrtümer um, die einen Menschen für schuldig und verantwortlich erklären nur deshalb, weil er Glied oder Teil irgendeiner Gemeinschaft ist, ohne daß man sich die Mühe nimmt, nachzufragen und nachzuforschen, ob bei ihm wirklich eine persönliche Tat- oder Unterlassungsschuld vorliege.<<

27.02.1946: Die "Berliner Zeitung" veröffentlicht am 27. Februar 1946 folgende Meldung der britischen Nachrichtenagentur "REUTERS" (x043/119): >>... General Koenig (französischer Oberbefehlshaber in Deutschland) erklärte, Frankreich bestehe darauf, daß, bevor die zentrale Verwaltung gebildet wird, die westlichen Grenzen Deutschlands festgelegt werden, wie es im Osten der Fall gewesen sei. ...

"Wenn das Ruhrgebiet in Zukunft nicht einer internationalen Kontrolle unterstellt wird", erklärte Koenig, wird Frankreich die restlose Zerstörung des gesamten Wirtschaftspotentials mit Ausnahme dessen fordern, was für die lebensnotwendigsten Bedürfnisse Deutschlands gebraucht wird.

Wenn das Ruhrgebiet internationalisiert wird, wünscht Frankreich die Ausnützung der gesamten industriellen Möglichkeit dieses Gebietes für die Bedürfnisse Europas.<<

05.03.1946: Die Besatzungsbehörden verstärken am 5. März 1946 ihre Entnazifizierungsmaßnahmen (Gesetz Nr. 104 "zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus"). In der nordamerikanischen Zone werden später fast 13 Millionen Fragebögen ausgefüllt und

geprüft (x092/938). Der Fragebogen enthält 133 Fragen (Lebenslauf, Beruf, politische Vergangenheit usw.) und muß von allen Deutschen, die älter als 18 Jahre sind, ausgefüllt werden. Churchill weist am 5. März 1946 während seiner Rede in Fulton/Missouri darauf hin, daß die Inbesitznahme der deutschen Ostgebiete durch den polnischen Staat unrechtmäßig sei, weil die endgültige polnische Westgrenze erst durch einen Friedensvertrag festgelegt werden soll. Polen würde die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens mißachten.

Churchill bedauert damals außerdem erstmalig die Folgen der Austreibung (x156/32): >>... Es ist ein Schatten auf die Erde gefallen, die erst vor kurzem durch den Sieg der Alliierten hell erleuchtet worden ist.

Niemand weiß, was Sowjetrußland und die kommunistische internationale Organisation in der nächsten Zukunft zu tun gedenken oder was für Grenzen ihren expansionistischen und Bekehrungstendenzen gesetzt sind, wenn ihnen überhaupt Grenzen gesetzt sind. ...

Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein eiserner Vorhang über den Kontinent gezogen. ...

Die von Rußland beherrschte polnische Regierung ist ermächtigt worden, sich in unrechtmäßiger Weise und in gewaltigem Ausmaße in deutsche Angelegenheiten einzumischen und Massenausweisungen von Deutschen anzuordnen, wie man sie bisher noch nicht kannte. ...<<

09.03.1946: General König, der französische Oberkommandierende in Deutschland, schlägt seiner Regierung am 9. März 1946 vor, geeignete Deutsche (mehrheitlich Vertriebene und Kriegsgefangene) in Frankreich anzusiedeln, um dort die Kriegsverluste unter den Franzosen auszugleichen und um die deutsche Bevölkerung zu reduzieren (x153/53).

13.03.1946: Stalin protestiert am 13. März 1946 in der Prawda gegen Churchills antisowjetische Politik und Churchills Rede vom 5. März 1946 in Fulton (x068/272): >>Es sei doch eigentlich nur ein geringer Unterschied, ob man, wie Hitler, die Hegemonie der Welt für die "arische" Rasse beanspruche oder für die "englischsprechenden" Völker. ...<<

Stalin vergleicht Churchill nicht nur mit Hitler, sondern er bezeichnet ihn außerdem als "Hetzer des 3. Weltkrieges" (x111/145).

20.04.1946: Die sowjetische Besatzungsmacht und die Führung der KPD vollziehen am 20. April 1946 die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das Schicksal der "SPD" in der SBZ (x009/409): >>... Unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht wurde sie am 19./20.4.1946 mit der KPD zur SED zwangsvereinigt.

Im Laufe der Entwicklung wich die versprochene paritätische Vertretung in allen Vorstandssämtern einer kommunistischen Diktatur und viele sozialdemokratische Funktionäre wurden verhaftet.

In Berlin wehrte sich die SPD unter Führung von Franz Neumann und mit Unterstützung vor allem von Dr. Schumacher gegen die Vereinigung. In einer Urabstimmung wurde die Verschmelzung eindeutig abgelehnt.

Die alliierte Kommandantur fand daraufhin den Kompromiß, SPD und SED in allen 4 Sektoren Berlins zuzulassen.<<

April 1946: Im April 1946 sind von den 17.999 deutschen Häftlingen des jugoslawischen Internierungslagers Rudolfsgrad etwa 46 % Jungen und Mädchen im Alter bis 14 Jahre (x006/505).

15.05.1946: Außenminister Bidault fordert am 15. Mai 1946 während einer Konferenz in Paris (x111/169): >>Das Grubengebiet der Ruhr mit 5 Millionen Einwohnern soll internationalisiert und zur Überwachung der dauernden Entmilitarisierung von internationalen Truppen besetzt werden. ...

Zwischen dem Ruhrgebiet und Deutschland muß eine Wirtschaftsgrenze errichtet werden. Das Rheinland soll von der Pfalz bis einschließlich Köln von französischen und nördlich da-

von von belgischen, niederländischen und allenfalls angelsächsischen Truppen besetzt werden und entweder als staatsrechtliche Einheit oder in 2-3 neuzuschaffende Staaten aufgeteilt und organisiert werden.

Im Saargebiet sollen die Bergwerke Frankreich übergeben und der Zuständigkeit der alliierten Kontrollkommission entzogen werden. Es muß durch Frankreich dauernd militärisch besetzt werden. Über sein endgültiges politisches Schicksal ist erst später zu entscheiden.<<

US-Senator Shipstead kritisiert am 15. Mai 1946 die nordamerikanische Besatzungspolitik. In einer Rede vor dem US-Senat bezeichnet er den Morgenthau-Plan als "Amerikas ewiges Schanddenkmal ... für die Vernichtung der deutschsprachigen Menschen" (x028/152).

18.05.1946: In der britischen Zone werden am 18. Mai 1946 alle Vereinigungen der Vertriebenen verboten.

Die US-Militärregierung verbietet später ebenfalls sämtliche Vertriebenenverbände.

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Unterdrückung der Vertriebenen durch die Besatzungsmächte im Westen (x024/204-205): >>... Im Vordergrund stand dabei die begründete Besorgnis, daß sich die Vertriebenen zu einem militanten Potential von Unzufriedenen im Westen entwickeln könnten, das eine Revision der Vertreibung fordern würde. ...

Den Vertriebenen traute man jedenfalls nicht über den Weg. Das beantwortet auch die Frage, warum ihnen die Alliierten untersagten, sich in Organisationen zusammenzuschließen und warum über das Geschehene der Vertreibung in den USA und in Großbritannien offiziell fast nichts berichtet wurde.

Ein weiterer Beweis für die internationale Ächtung der deutschen Vertriebenen war deren Ausschluß aus der internationalen Flüchtlingsfürsorge durch die Vereinten Nationen, was ausdrücklich in der Charta der UNO-Flüchtlingsorganisation herausgestellt wurde. ...<<

23.05.1946: Die westlichen Alliierten und die Schweizer Regierung schließen am 23. Mai 1946 ein Abkommen über die beschlagnahmten deutschen Vermögenswerte.

Das gesamte beschlagnahmte NS-Vermögen soll aufgrund dieses Abkommens zwischen der Schweiz und den Alliierten aufgeteilt werden (x111/172).

25.05.1946: Die nordamerikanische Militärregierung stoppt am 25. Mai 1946 vorübergehend sämtliche westdeutschen Reparationslieferungen an die UdSSR, weil die sowjetischen Gegenleistungen ausbleiben (x101/13).

26.05.1946: Der Londoner "Observer" warnt am 26. Mai 1946 vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der britischen Zone (x111/173): >>... Deutschland ist heute ein Land, wo alle fünf großen Übel – Mangel, Furcht, Schmutz, Untätigkeit, Unwissenheit – überhand nehmen. Aber das Letztgenannte bringt die schwersten unmittelbaren Gefahren unter politischem Gesichtspunkt, und man empfindet, daß eine Umstellung der britischen Nachrichtenpolitik für Deutschland sogar dem so dringend erforderlichen Wechsel in der Wirtschaftspolitik noch vorangehen müsse.<<

Mai 1946: In der US-Zone hungern die Deutschen weiterhin. Die Rationen sinken im Mai 1946 auf weniger als 1.200 Kalorien.

Im Mai 1946 macht vielerorts folgendes Gerücht die Runde (x114/2.166): >>Die Amerikaner beabsichtigen, die Deutschen auszuhungern. ...<<

05.06.1946: Durch den SMAD-Befehl 167 vom 5. Juni 1946 gehen die SAG-Betriebe "auf Grund der Reparationsansprüche der Sowjetunion" in sowjetisches Eigentum über.

Infolge der Eingliederung in die Organisation der SAG werden die wichtigsten Schlüsselindustrien im mitteldeutschen Raum sowjetischer Besitz.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sowjetischen Aktiengesellschaften" (SAG) in der SBZ (x009/396): >>1946 in der SBZ gegründete sowjetische Staatskonzerne, denen die nach dem SMAD-Befehl Nr. 167 beschlagnahmten deutschen

Industriebetriebe angegliedert wurden. Ursprünglich gab es etwa 25 SAG mit 213 Einzelbetrieben. ...<<

06.06.1946 Der US-Militärgouverneur unterzeichnet am 6. Juni 1946 den "CARE-Vertrag" (CARE = "Cooperative for American Remittances to Europe"), so daß endlich Hilfslieferungen der privaten CARE-Hilfsorganisation erfolgen können (x175/425).

In den ersten 12 Monaten nach Aufnahme des Postverkehrs schickt man fast 11 Millionen CARE-Pakete aus Amerika, um die Nachkriegsnot in Europa und vor allem in Deutschland zu lindern. Die CARE-Pakete werden durch den "Deutschen Zentralausschuß für die Vereinigung ausländischer Liebesgaben" verteilt. Diese Hilfsmaßnahmen können die katastrophalen Lebensverhältnisse der deutschen Zivilbevölkerung zwar nicht entscheidend verändern, aber jedes CARE-Paket bringt den verzweifelten Menschen wenigstens etwas Hoffnung und Zuversicht.

10.06.1946: Die "New York Times" schlägt am 10. Juni 1946 die Zersplitterung des Deutschen Reiches vor. Deutschland soll in 12 unabhängige Staaten geteilt werden, die wirtschaftlich eine Zollunion bilden (x111/178).

28.06.1946: Die "Neue Zeitung" berichtet am 28. Juni 1946 (x114/2.152): >>... Wegen eines Verstoßes gegen Anordnungen der Militärregierung ist der Umfang der in München erscheinenden "Süddeutschen Zeitung" für die Dauer eines Monats von den üblichen 6 Seiten auf 4 Seiten pro Nummer beschränkt worden.

In ihrer Ausgabe vom 4. Juni hatte die "Süddeutsche Zeitung" unter dem Titel "Sie ernten den Haß" einen Titel veröffentlicht, der die Ausweisungsmaßnahmen der tschechoslowakischen Regierung gegen Deutsche scharf kritisiert.

Dieser Artikel stellt einen Verstoß gegen die Anordnung der Militärregierung dar, die lizenzierten Zeitungen Kritik an alliierten Regierungen verbietet.

Der kanadische Journalist James Bacque berichtet später über die Zensur der öffentlichen Meinung im besetzten Westdeutschland (x131/177): >>Ein Land durch Generäle verwalten zu lassen, ist genauso töricht, wie eine Armee von Politikern führen zu lassen.

... Nach 1945 gab es in Deutschland Millionen von Biographien; aber Geschichte gab es nicht. Als die Nation in vier Zonen geteilt wurde, da wurde auch ihre Geschichte zerbrochen durch die politische Teilung, durch die Zensur, durch Tarnung und Vertuschung, durch die Angst davor, die USA und Frankreich zu kritisieren. Es bildete sich keine öffentliche Meinung ...

Die Besetzung Deutschlands führte zur Entstehung einer Besetztenmentalität, die sich bemühte, jede Vernunft einer vernunftlosen Disziplin zu unterwerfen, so, wie die Nation von den Nazis unterworfen worden war. ...<<

Juni 1946: Die "Schweizer Illustrierte Zeitung" berichtet im Juni 1946 über den Hunger in Gelsenkirchen (x117/30): >>Die tägliche Ration beträgt für (den Industriearbeiter) B. zurzeit 950 Kalorien. Sein Mittagmahl ... besteht aus einer fettreichen Erbsensuppe.

Ein amerikanischer Experte, der einen Monat von dieser Ration lebte, nahm 25 Pfund ab. ...<<

12.07.1946: Die Zeitung "Vaterland" berichtet am 12. Juli 1946 über die schlimmen Zustände im Ruhrgebiet (x117/30): >>Zerstörte Städte bieten einen gespenstischen Anblick, furchtbarer und gespenstischer aber ist der Anblick von Menschen, aus deren Gesichtern die letzte seelische und materielle Not spricht, die keine Hoffnung mehr zuläßt.

Und in diese Städte strömen neue Menschenmassen. ...<<

15.07.1946: In den europäischen Staaten stehen der Bevölkerung damals pro Tag folgende Kalorienwerte zur Verfügung (x111/192): >>Irland 3.200 Kalorien, Dänemark 2.920 Kalorien, Großbritannien 2.850 Kalorien, Schweiz 2.800 Kalorien, Schweden 2.790 Kalorien, Norwegen 2.480 Kalorien, Frankreich 2.300 Kalorien, Italien 1.800 Kalorien, Österreich 1.700 Kalorien und Deutschland 1.550 Kalorien.<<

28.07.1946: Ministerpräsident Charles de Gaulle schlägt am 28. Juli 1946 "praktische, einfa-

che Deutschland-Lösungen" vor (x156/33-34): >>... Es ist die Aufgabe Frankreichs, zu verhindern, daß Deutschland wieder ein zentralisierter Einheitsstaat, kurz das "Reich" wird, dessen Bewaffnung und Drang immer die Bedingungen seiner kriegerischen Unternehmungen bildeten.

Der Vorschlag Frankreichs ist eine ehrliche, praktische, hinsichtlich Deutschlands menschliche und einfache Lösung, und jeder kennt sie. Die verschiedenen traditionsgebundenen deutschen Einheiten: Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Pfalz, Provinz Rheinland, die nordwestlichen Provinzen sollen wiedererstehen, sich selbst verwalten und jede sich auf ihre Rechnung und auf ihre Art und Weise einrichten.

Das ungeheure Arsenal der Ruhr soll unter internationale Kontrolle gestellt werden, nicht um die deutsche Bevölkerung des Lebensnotwendigen zu berauben, sondern um unter den Nachbarstaaten die für das wirtschaftliche Leben aller notwendigen Kohle aufzuteilen.

Das Saarbecken, dessen Kohle uns durch den Versailler Vertrag übergeben wurde, deren Ausbeutung sich ganz natürlich an den unserer Erzbergwerke anschließt, soll in die französische Wirtschaft eingegliedert werden.

Polen soll eine Westgrenze bekommen, die den im Osten erlittenen Verlust wiedergutmacht. ...<<

Juli 1946: Da man aus den abgetretenen ostpolnischen Gebieten jenseits des Bug nur rund 1,4 Millionen Polen repatriieren und in den deutschen Ostgebieten ansiedeln kann, richtet sich ab Juli 1946 die Ansiedlungswerbung verstärkt an die Bevölkerung Zentralpolens.

Polnische Werbungskommissionen versuchen sogar, die im rheinisch-westfälischen Ruhrgebiet und in Frankreich lebenden Bergarbeiter polnischer Abstammung für eine Ansiedlung in Ostdeutschland zu gewinnen (x001/119E).

Ein kirchliches Hilfswerk im Ruhrgebiet berichtet im Juli 1946 (x117/58): >>Der neunjährige Ostflüchtling Hans M. wurde von der Bahnhofmission aufgegriffen. Er hatte nur eine zerlumpte Hose an und besaß sonst kein Kleidungsstück. Nach seinen Angaben ist der Vater vermißt und die Mutter verstorben. Er hat keine Angehörigen und besitzt nichts. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den nicht selten bitteren Anfang der deutschen Vertriebenen im Westen (x024/183): >>Auch wenn es unter den Einheimischen im Westen Männer und Frauen gab, die mit Tatkraft halfen, das Los der Ankommenden zu lindern, so muß doch festgehalten werden, daß das Zusammentreffen der Flüchtlinge mit den Einheimischen in der Regel enttäuschend war.

Von einer Welle der Sympathie zu den Betroffenen konnte wahrlich nicht die Rede sein. Es war schon bestürzend, wie gleichgültig und ablehnend sich Deutsche ihren Landsleuten gegenüber verhielten. ...<<

23.08.1946: Die britische Militärregierung löst am 23. August 1946 in der britischen Zone die Provinzen des ehemaligen Landes Preußen auf und gründet aus den Provinzen Rheinland und Westfalen das Land Nordrhein-Westfalen.

30.08.1946: Die französische Militärregierung bildet am 30. August 1946 aus der bayerischen Pfalz, den preußischen Regierungsbezirken Koblenz und Trier, 4 Kreisen der preußischen Provinz Hessen-Nassau sowie aus dem linksrheinischen Teil Hessens (Rheinhessen) das Land Rheinland Pfalz.

14.09.1946: Max Fechner (1892-1973, zweiter SED-Vorsitzender) lehnt in der Zeitung "Freies Deutschland" vom 14. September 1946 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ab (x024/-260): >>... Zur deutschen Ostgrenze möchte ich erklären, daß die SED sich jeder Verkleinerung deutschen Gebietes entgegenstellen wird. Die Ostgrenze ist nur provisorisch und kann erst bei der Friedenskonferenz unter Mitwirkung aller großen Siegerstaaten festgelegt werden.<<

20.09.1946: Der polnische Politiker Boleslaw Bierut (1892-1956) rechtfertigt am 20. September 1946 die polnische Eroberungs- und Vertreibungspolitik (x309/76): >>... (Es gebe) keine und kann auch keine andere vernünftigeren und gerechtere Grundlage für Gebietsveränderungen geben als die hier angewandte.

Wir sind auf den Boden zurückgekehrt, auf dem sich vor Jahrhunderten unser historisches, kulturelles und staatliches Erbe bildete, einen Boden, befruchtet mit Blut, Schweiß und Tränen unserer Väter und Mütter, auf einem Boden, von dem jeder Zoll breit gedüngt ist, mit der uns heiligen Asche unserer Vorfahren. Wer kann unser Recht auf diesen Boden bestreiten? ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über diese polnischen Rechtfertigung (x309/76): >>Bierut hielt es also für legitim, das Rad der Geschichte um 700 Jahre zurückzudrehen und unter anderem dem Stamm der Schlesier das Existenzrecht auf "urslawischen Boden" abzusprechen.

Er hatte wohl nicht bedacht, daß jemand mit den gleichen Argumenten das Rad um weitere 700 Jahre zurückdrehen und dem Volk der Polen das Existenzrecht auf "urgermanischen Boden" absprechen könnte.<<

23.09.1946: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) lehnt am 23. September 1946 in Köln die Abtretung der deutschen Ostgebiete an Polen und die Abtretung des Saargebietes an Frankreich entschieden ab (x111/218).

01.10.1946: Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß werden am 1. Oktober 1946 nach 403 öffentlichen Sitzungen die Urteile verkündet.

Martin Bormann, Hans Frank, Wilhelm Frick, Hermann Göring, Alfred Jodl, Ernst Kaltenbrunner, Wilhelm Keitel, Joachim von Ribbentrop, Alfred Rosenberg, Fritz Sauckel, Arthur Seyß-Inquart und Julius Streicher werden zum Tod durch den Strang verurteilt.

Die Führungskorps der NSDAP, Gestapo, SS und SD stuft man als verbrecherische Organisationen ein. Das deutsche Reichskabinett, der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht werden im Sinne der Anklage für nicht verbrecherisch befunden und freigesprochen.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse (x309/120-121): >>Die moralische Wirkung der Nürnberger Prozesse hielt sich allerdings in Grenzen, weil die Alliierten die gleichen Taten, für die sie führende Nationalsozialisten an den Galgen brachten, zur gleichen Zeit, bloß in viel größerem Maßstab, in Ostdeutschland selbst begingen oder genehmigten. ...<<

16.10.1946: Wilhelm Pieck (SED-Vorsitzender) lehnt am 16. Oktober 1946 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie strikt ab (x009/313): >>... Wir werden alles tun, damit bei den Alliierten die Grenzfragen nachgeprüft und eine ernste Korrektur an der jetzt bestehenden Ostgrenze vorgenommen wird.<<

Im Nürnberger Gefängnis werden am 16. Oktober 1946 zehn deutsche Hauptkriegsverbrecher gehängt, während Hermann Göring kurz vor der Hinrichtung Selbstmord begeht. Die Asche der Leichen wird anschließend "in alle Winde" zerstreut.

23.10.1946: Die "New York Times" berichtet am 23. Oktober 1946 über den Fortgang der Vertreibung (x028/140): >>Der Umfang dieser Umschichtung und die Verhältnisse, unter denen sie vor sich geht, haben in der Geschichte nichts Vergleichbares.

Niemand, der diese Greuel unmittelbar erlebt, kann daran zweifeln, daß es sich um ein Verbrechen gegen die Menschheit handelt, für das die Geschichte eine furchtbare Vergeltung üben wird ...<<

29.10.1946: Nach der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 halten sich in den 4 Besatzungszonen (einschließlich Berlin) 9.593.800 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene auf.

Die höchsten Zuwanderungsquoten melden: Mecklenburg 42,2 %, Schleswig-Holstein 32,2 %, Niedersachsen 23,3 % und Bayern mit 18,9 % der Gesamtbevölkerung (x092/939).

01.11.1946: Die britische Militärregierung gründet am 1. November 1946 das Land Niedersachsen. Das neue Land Niedersachsen besteht aus den alten Ländern und Provinzen Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Hannover.

12.11.1946: Winston Churchill äußert sich am 12. November 1946 während einer Unterhausrede zur kollektiven Bestrafung der Deutschen und fordert mehr Selbstverantwortung sowie zusätzliche Aufbauhilfen für die westdeutschen Besatzungszonen (x268/25): >>... Man sagt nun, Deutschland müsse bestraft werden. Ich frage: Wann begann die Bestrafung? ... Sie begann 1943 und ging 1944 und 1945 weiter, als die schrecklichsten Luftangriffe auf die deutschen Städte niedergingen ...<<

13.11.1946: Die "New York Times" berichtet am 13. November 1946 über die Massenvertreibung der Deutschen (x028/108): >>Zweifellos tragen die westlichen Mächte ihr Maß an Verantwortung für die massenweise Entwurzelung der Deutschen, aber größer ist das der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei.

Es war aber das Einverständnis der Westmächte, das unbeabsichtigt der Vertreibung ein Mäntelchen von Legalität und Berechtigung umhängte - einen Mantel, der allerdings bald von vielen britischen und amerikanischen Publizisten zerfetzt wurde: Sie entsetzten sich über "den unmenschlichsten Beschluß, der jemals von zur Verteidigung der Menschenrechte berufenen Regierungen gefaßt wurde". ...<<

17.11.1946: Da alle Versuche, die rund 200.000 Flüchtlinge in ihre ostdeutsche Heimat zurückzuführen, an der strikten Weigerung der Sowjetunion scheitern, fordert das dänische Außenministerium die Westmächte am 17. November 1946 auf, sämtliche internierten Flüchtlinge zu übernehmen (x153/55).

22.11.1946: In Bremen protestieren am 22. November 1946 Betriebsräte gegen die Ausführung von weiteren Demontagen (x111/248): >>Wir sind nicht gewillt, uns zu unseren eigenen Totengräbern zu machen. ...<<

26.11.1946: Die französische Besatzungsmacht fordert am 26. November 1946 die Sprengung der Berliner Siegessäule von 1871 (x116/150).

Alle deutschen Denkmäler, die angeblich den deutschen Militarismus und Nationalismus verherrlichen, sollen ebenfalls zerstört werden (x116/151).

03.12.1946: Das US-Kriegsministerium gibt am 3. Dezember 1946 bekannt, daß bisher 270 deutsche und österreichische "Geistesarbeiter" in Nordamerika beschäftigt werden. Diese Zahl will man demnächst auf etwa 1.000 erhöhen (x111/253).

20.12.1946: Die australische Regierung betont am 20. Dezember 1946, daß man im Rahmen der Reparationsabkommen möglichst viele deutsche Wissenschaftler nach Australien holen will (x111/259).

21.12.1946: Bei der Ausstellung "Wiedersehen mit Museumsgut" können die Berliner Museen am 21. Dezember 1946 lediglich 98 Kunstwerke präsentieren.

Später kommen zwar zahlreiche beschlagnahmte Kunstwerke nach Berlin zurück, aber die Rückgabe der während des Zweiten Weltkrieges geraubten deutschen Kunstgüter wird nie offiziell geregelt.

Ein Wissenschaftler der Stiftung "Preußischer Kulturbesitz" schreibt einige Jahrzehnte später (x116/155): >>Die Fehlliste in beiden Teilen der Stadt zeigt, daß in vielen Fällen gerade das Einzigartige, Wertvollste und Unersetzliche aus dem Altbestand als vernichtet gilt oder verschollen ist.

Sollte der Abschluß eines Friedensvertrages in bisher nicht absehbarer Zeit daran vielleicht etwas ändern können? ...<<

22.12.1946: Das Saarland wird am 22. Dezember 1946 in den französischen Zoll- und Wirtschaftsraum eingegliedert.

31.12.1946: Josef Kardinal Frings (1887-1978, 1942-69 Erzbischof von Köln) erläutert am

31. Dezember 1946 während seiner Predigt im Kölner Dom das siebente Gebot "Du sollst nicht stehlen ..." (x111/261): >>... Wir leben in Zeiten, da in der Not auch der einzelne das wird nehmen dürfen, was er zur Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit notwendig hat, wenn er es auf andere Weise durch seine Arbeit oder durch Bitten nicht erlangen kann.<< Die Interalliierte Reparationsagentur (IARA) berichtet am 31. Dezember 1946 in Brüssel, daß die deutschen Reparationslieferungen des letzten Jahres 14 vollständige Industrieanlagen, 17 teilweise demontierte Industrieanlagen und 227 Handelsschiffe umfassen (x111/263).

1946: Im Jahre 1946 transportiert man Millionen von ausgeplünderten Vertriebenen in den größtenteils zerstörten, ausgebluteten und ausgehungerten Rest Deutschlands. Sie kommen aus allen Gebieten ostwärts von Oder und Neiße sowie dem Sudetenland und aus Ungarn. Nach monatelanger Internierung, schwerer Zwangsarbeit, ungenügender Ernährung und zahllosen Vertreibungsstrapazen sind die Vertriebenen am Ende ihrer Kräfte, so daß viele nach der Ankunft in den mittel- und westdeutschen Besatzungszonen an Entkräftung, Krankheiten und Unterernährung sterben.

Für Millionen von Heimatvertriebenen wird das neue Leben im Westen zu einem jahrelangen Daseinskampf. Überall in Mittel- und Westdeutschland sieht man erschöpfte Vertriebene, die Nahrung und Unterkünfte suchen. Alte Menschen haben es besonders schwer, denn sie sind nach den Zwangsumsiedlungen mehrheitlich vollkommen am Ende ihrer körperlichen und seelischen Kräfte.

Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen können in den Besatzungszonen nirgends ausreichend gepflegt oder untergebracht werden, so daß sich die chaotischen Lebensverhältnisse der Deutschen Ende 1946 dramatisch verschlimmern. Hunger, Not, Elend und ständige Überlebenskämpfe bestimmen damals die Nachkriegszeit der Deutschen. Eine Zukunft scheint es nicht zu geben und an die Vergangenheit will niemand erinnert werden.

Der britische Feldmarschall Montgomery erklärt während einer Rede im Jahre 1946 (x268/32): >>... Die deutschen Lebensmittelbeschränkungen werden bleiben. Wir werden sie bei 1.000 Kalorien halten. ... Sie gaben den Insassen von Belsen nur 800.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die Hungerrationen der Nachkriegszeit (x063/619): >>Das Wort "Kalorien" war ein wichtiger Begriff des täglichen Lebens. Noch im Frühling 1945 erhielt der "Normalverbraucher" über 2.000 Kalorien täglich, gegen 2.000 bis 3.000 vor dem Kriege. Dann sank die Kalorienmenge für die anglo-amerikanische Zone auf 1.550 – 1946 und 1947 in Wirklichkeit für längere Zeit auf 700 bis 1.200. Es kann nicht wundern, daß bei dieser Ernährungslage allein in der anglo-amerikanischen Zone im Sommer 1947 wenigstens 40.000 Fälle offener Tuberkulose auftraten. ...<<

01.01.1947: Die nordamerikanische und die britische Besatzungszone werden am 1. Januar 1947 zu einem Wirtschaftsgebiet vereinigt (sog. "Bizone").

Konrad Adenauer erklärt am 1. Januar 1947 in einem CDU-Aufruf, daß kein christlich-demokratischer Politiker einen Friedensvertrag unterschreiben werde, in dem man die Oder-Neiße-Linie anerkennen müßte (x111/269).

12.01.1947: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärt am 12. Januar 1947 während einer Rede im Münchener Zirkus Krone, daß seit der Besetzung Deutschlands ein "Dauerzustand von Unehre, Hunger und geistiger Sklaverei" herrschen würde (x111/273).

22.01.1947: Die nordamerikanische und die britische Militärregierung einigen sich über die Gründung des Landes Bremen. Bremen, Wesermünde und Bremerhaven werden am 22. Januar 1945 als eigenständiges Land Bremen gegründet und Bestandteil der US-Zone.

25.01.1947: Der Chef der französischen Such- und Umsiedlungskommission schlägt am 25. Januar 1947 im Hauptquartier in Baden-Baden vor, elternlos gewordene Vertriebenenkinder

nach Frankreich zu überführen, um sie dort von französischen Adoptiveltern erziehen zu lassen. Die Herkunft der Kinder soll verschwiegen werden (x153/53).

Januar 1947: Im Januar 1947 werden in Hamburg 9.200 Diebstahldelikte verübt. Davon sind 4.600 Kohlendiebstähle (x118/112).

Es gibt damals in Deutschland keinen Sozialstaat. Bis März 1947 erhalten Witwen und Waisen keine staatliche Unterstützung. Was man zum Überleben benötigt, wird notfalls gewaltsam beschafft. Langsam fahrende Güterzüge werden von Plünderern gestürmt und ausgeraubt. Die Menschen reagieren mit zunehmender Not härter und rücksichtsloser. In jener Zeit nimmt man auf Alte und Kranke keine Rücksicht (keine Leistung ohne Gegenleistung).

Obwohl im Winter 1946/47 alle noch vorhandenen Lebensmittel und Waren zugeteilt werden, bricht im Januar 1947 die Versorgung vielerorts zusammen, so daß sich überall Schwarzmärkte, Tauschhandel und Schieberunwesen ausbreiten. Da Geld und Wertpapiere durch keine realen Werte gedeckt sind, werden z.B. Zigaretten und Kaffee zur neuen Währung der Nachkriegszeit. Vor allem "Ami-Zigaretten" stellen damals eine "natürliche" Leitwährung dar.

Mehr als 100.000 jugendliche Vagabunden ziehen in jener Zeit durch das zerstörte Land. Ungezählte verzweifelte Mädchen und Frauen tauschen in der Nachkriegszeit "Liebe gegen Ware", um die nackte Existenz zu sichern. Vor allem in den großen Städten breiten sich Jugendprostitution und Geschlechtskrankheiten aus. Tausende von jungen Frauen schließen in jener Zeit Ehen mit Besatzungssoldaten.

13.02.1947: In Berlin sind seit Ende 1946 bereits etwa 200 Personen erfroren, mehr als 40.000 Menschen erleiden schwere Erfrierungen, so daß am 13. Februar 1947 weitere öffentliche Wärmehallen errichtet werden (x111/283).

25.02.1947: Der Alliierte Kontrollrat führt am 25. Februar 1947 die Liquidierung des preußischen Staates - Kontrollratsgesetz Nr. 46 - durch (x056/33): >>Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört. ...<<

Die Besatzungsmächte erlassen damals ein völkerrechtswidriges Gesetz, denn bei dieser willkürlichen Auflösung Preußens handelt es sich eindeutig um einen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung (x063/635).

12.03.1947: US-Präsident Truman verkündet am 12. März 1947, die kommunistische Bedrohung mit wirtschaftlichen Mitteln zu bekämpfen ("Truman-Doktrin").

20.03.1947: Im Verlauf der Moskauer Außenministerkonferenz veröffentlichen die Siegermächte am 20. März 1947 erstmalig Zahlen über die noch inhaftierten deutschen Kriegsgefangenen (x111/295): >>Die Sowjetunion meldet 890.532 Kriegsgefangene, Frankreich = 631.483 Kriegsgefangene, Großbritannien = 435.295 Kriegsgefangene und USA = 15.103 Kriegsgefangene.<<

22.03.1947: Während der Moskauer Außenministerkonferenz lehnt der sowjetische Außenminister Molotow am 22. März 1947 die französische Forderung auf Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes sowie eine Zerstückelung Deutschlands ab (x111/296).

28.03.1947: In der sowjetischen Zone beginnen am 28. März 1947 die Dienstverpflichtungen für den Uranbergbau.

Im Ruhrgebiet finden am 28. März 1947 große Hungerdemonstrationen statt.

01.04.1947: Die Zeitschrift "Der Ruf" wird am 1. April 1947 von der US-Militärregierung wegen "Nihilismus" (Leugnung gültiger Erkenntnisse) vorübergehend (bis zur Entlassung der Herausgeber Andersch und Richter) verboten.

8.04.1947: Der Kölner Erzbischof Kardinal Frings (1887-1978) fordert am 8. April 1947 die Klärung des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen (x111/305): >>Deutschland hat die 1.200.000 Kriegsgefangenen nie gesehen, die die Sowjetunion nach Haus zurückgeschickt haben will, und wohin sie gekommen sind, weiß niemand.

Es ist für das deutsche Volk ein fürchterlicher Schlag, zu hören, daß die Sowjetunion die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in sowjetrussischer Hand mit 800.000 angibt. Während diese in Deutschland auf zwischen 3 und 4 Millionen geschätzt werden.

Da kann man nur fragen: Was geschah mit den anderen? ...<<

03.06.1947: Walter Müller-Bringmann berichtet am 3. Juni 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/65-66): >>3. Juni 1947. Die Tagesration eines Normalverbrauchers, die nach der 102. Kartenperiode ... 1.014 Kalorien pro Tag enthalten soll, beträgt nach deutschen Feststellungen tatsächlich nur 838,5 Kalorien.

"Diese Zuteilung liegt erheblich unter den Rationen, die den KZ-Insassen (während des NS-Regimes) gewährt wurden", schreibt eine von der Militärregierung lizenzierte Zeitung dazu.

Und immer noch strömen Menschen durch Friedland. ... Es steht schlimm um Deutschland. ... Man schätzt, daß monatlich mehr als 15.000 Menschen illegal die Zonengrenze in Richtung West oder Ost überschreiten. ...<<

05.06.1947: US-Außenminister George C. Marshall (1880-1959) stellt am 5. Juni 1947 in der Harvard-Universität das nordamerikanische Hilfsprogramm "ERP" (European Recovery Programm) für Westeuropa vor.

Der Marshall-Plan (wirtschaftliche und finanziellen Hilfsaktion für westeuropäische Staaten) soll vor allem den Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft unterstützen und den Expansionsdrang des Stalinismus stoppen bzw. beenden. Im Rahmen des Marshall-Planes erhalten die westeuropäischen Länder von 1948-52 etwa 14,7 Milliarden Dollar. Der Anteil der Bundesrepublik beträgt 1,5 Milliarden Dollar (x073/225).

11.06.1947: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erhält am 11. Juni 1947 in der französischen Zone Redeverbot.

03.07.1947: Die französische Besatzungsmacht erklärt sich am 3. Juli 1947 bereit, 150.000 deutsche Flüchtlinge, die sich noch in Dänemark aufhalten, zu übernehmen (x111/342).

14.07.1947: In Nürnberg streiken am 14. Juli 1947 wieder viele entkräftete Arbeiter. Sie protestieren gegen die völlig unzureichenden "Hungerrationen".

15.07.1947: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) telegraphiert am 15. Juli 1947 nach Washington (x111/345): >>... Deutschland ist bankrott.<<

17.07.1947: Die Interalliierte Reparationsagentur veröffentlicht am 17. Juli 1947 die verteilten deutschen Reparationsleistungen für den Zeitraum von Februar 1946 bis Ende Juni 1947 (x111/346): >>262 Handelsschiffe (760.995 BRT) und Industrieausrüstungen im Werte von 138,28 Millionen RM (Wert 1938). Zu den abgebauten Industriebetrieben gehören u.a. 31 Metallbetriebe, 3 chemische Werke und 2 Kraftwerke.<<

Juli 1947: Durch das fortgesetzte Eintreffen von russischen Zivilisten verlieren die Deutschen im östlichen Ostpreußen ab Juli 1947 allmählich ihre Arbeitsplätze und Wohnungen. Da die Arbeitskraft der ca. 100.000 Deutschen infolge des Zustroms von Russen mehr oder weniger entbehrlich ist, beginnt die "Aussiedlung" der restlichen deutschen Bevölkerung (x001/152E).

01.10.1947: US-Militärgouverneur Clay erklärt am 1. Oktober 1947 vor der Presse, daß ein Widerstand gegen Demontagen von den Engländern und Amerikanern mit der Einstellung von Lebensmittellieferungen nach Deutschland beantwortet werden müsse (x111/373).

16.10.1947: Die militärischen Oberbefehlshaber der nordamerikanischen und britischen Zone erläutern am 16. Oktober 1947 die am folgenden Tag veröffentlichte Demontageliste.

Die Demontageliste der britischen Zone umfaßt 496 Werke, während in der nordamerikanischen Zone noch 185 Werke der Rüstungsindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Chemie- und Maschinenindustrie demontiert werden sollen (x111/379).

Die in der US-Zone durchgeführten Gewichtskontrollen ergeben, daß das Durchschnittsgewicht der deutschen Zivilbevölkerung im Sommer 1947 erneut gesunken ist und beträchtlich unter dem für die Gesundheit erforderlichen Mindestgewicht liegt. Die Tuberkuloseerkrank-

kungen haben gegenüber 1946 um fast 50 % zugenommen (x111/380).

05.11.1947: Aufgrund des sowjetisch-polnischen Abkommens vom 19. September 1947 besetzen polnische Truppen am 5. November 1947 in Ostpommern einen Gebietsstreifen von 50 km Länge und 10 km Breite mit der Hafenstadt Stettin.

Diese Verletzung des Potsdamer Abkommens wird im Jahre 1950 von der DDR sanktioniert (x064/15).

06.11.1947: Die französische Demontageliste wird am 6. November 1947 veröffentlicht. Diese Liste umfaßt 266 bereits demontierte bzw. noch zu demontierende Werke (davon sind 37 Werke der Rüstungsindustrie) in der französischen Zone (x111/386).

30.11.1947: Der schweizerische Schriftsteller Max Frisch (1911-1991) berichtet am 30. November 1947 in seinem Tagebuch über die chaotischen Zustände in Berlin (x111/396): >>... In der Untergrundbahn: fast alle mit einem Bündel, einem Rucksack, einer geschnürten Schachtel. Neben Gesichtern, die aus Lehm und Asche sind, gibt es auch gesunde, straffe, volle, aber ebenso verschlossen, oft larvenhaft.

Worüber wird geschwiegen? Erst aus der Nähe, zusammengepfercht, sieht man die Armut am Kragen, am Ellbogen. Berlin in seinen letzten Anzügen. ...

Alles unerschwinglich, wenn man mit Löhnen rechnet, aber billig, wenn man mit Zigaretten rechnet. ...

100 Schritte weiter stehen die sog. Trümmerweiber, die sich mit Schaufel und Eimer gegen das Unabsehbare verbrauchen. Es wirkt nicht wie Arbeit, sondern wie Strafkolonie. 40 Mark in der Woche, das sind vier Zigaretten.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Trümmerfrauen" (x051/-587): >>Trümmerfrauen, volkstümliche Bezeichnung für die deutschen Frauen im männerarmen Nachkriegsdeutschland, die die Hauptarbeit bei der Schuttbeseitigung in den zerbombten deutschen Städten leisteten: Von insgesamt 19 Millionen Wohnungen (1939) waren bei Kriegsende (ohne Ostgebiete) rund 3,5 Millionen zerstört oder schwer beschädigt.<<

30.12.1947: Die Militärgerichte in Dachau beenden am 30. Dezember 1947 mit der Urteilsverkündung im Nordhausen-Prozeß ihre Tätigkeit (x111/407): >>Von 1.650 Personen werden 1.380 verurteilt und 243 freigesprochen.

417 Urteile lauten auf Tod durch den Strang, 196 auf lebenslängliche Freiheitsstrafe.

Im letzten Strafverfahren gegen die Hauptschuldigen des Konzentrationslagers Nordhausen werden ein Angeklagter zum Tode durch den Strang und sieben Angeklagte zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, während vier der insgesamt 19 Angeklagten freigesprochen werden. ...<<

Dezember 1947: Wilhelm Harmssen (Bremer Wirtschaftssenator) berichtet, daß man bis zum Jahresende 1947 bereits enorme Reparationsleistungen (Kriegsentschädigungen) aufgebracht hat. Nach diesen Berechnungen betragen die Reparationen des Deutschen Reiches von 1945 bis 1947 **rd. 178 Milliarden Reichsmark (RM)** (x111/408).

Von diesen Entschädigungen entfallen auf die Entnahme aus dem deutschen Volksvermögen rd. 100 Milliarden Reichsmark (RM), Leistungen aus laufender Produktion rd. 10 Milliarden RM, sonstige Leistungen (Wert der deutschen Patente etc.) rd. 27 Milliarden RM und auf Vermögensverluste der ausgewiesenen Volksdeutschen entfallen rd. 41 Milliarden RM.

1947: Trotz der Beschlagnahmung von Quartieren erhalten viele Flüchtlinge und Vertriebene nur Notunterkünfte in den zahllosen Lagern. Dort müssen sie wegen fehlender Wohnungen notgedrungen jahrelang hausen. In manchen Kreisen und Gemeinden scheint die Wohnungsnot unüberwindlich zu sein. Ende 1947 leben ungezählte Heimatlose in notdürftig reparierten Behelfswohnungen, in ehemaligen Barackenlagern von Fremdarbeitern, in feuchten Kellern, schmutzigen Viehställen, Scheunen, Schuppen, Gartenlauben, in selbst errichteten Baracken aus Holz und Blech oder sie hausen in Höhlen und Erdbunkern. Die Notunterkünfte werden

meistens am Rand der Ortschaften errichtet.

Alle Behelfswohnungen sind damals vom Keller bis zum Dachgeschoß mit verzweifelten Heimatlosen vollgestopft. In den Massenunterkünften leben Großeltern, Eltern und Kinder dichtgedrängt in einem Raum zusammen. Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen haben fast alles verloren, was Menschen verlieren können. Trotz alledem hört man damals nur selten wehleidiges Klagen oder Jammern nach Mitgefühl. Ungeachtet der großen Hoffnungslosigkeit kämpfen die Menschen erbittert um ihr Überleben.

Das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein berichtet im Jahre 1947 (mit Erlaubnis der britischen Militärregierung) über die Wohnungsnot der Flüchtlinge und Vertriebenen (x153/25): >>... Sie wohnen dort nicht etwa, sie liegen auf Brettern in Mäntel und Decken gehüllt, sofern sie welche besitzen. Sie frieren und warten, daß der Winter vorübergehen würde, und warten auf den Tod, der sie von ihren Leiden erlöst.

Das ist der Lebensstandard der Flüchtlinge, nicht aller, aber Hunderttausender, in Schleswig-Holstein.<<

Der britische Schriftsteller Victor Gollancz schreibt im Jahre 1947 in seinem Buch "Unser bedrohtes Erbe" über die "geregelten und humanen Umsiedlungen" der Deutschen (x028/123): >>... Sofern das Gewissen der Menschlichkeit jemals wieder empfindlich werden sollte, werden diese Vertreibungen als die unsterbliche Schande aller derer im Gedächtnis bleiben, die sie veranlaßt oder sich damit abgefunden haben. ...

Die Deutschen wurden vertrieben, aber nicht einfach mit einem Mangel an übertriebener Rücksichtnahme, sondern mit dem denkbar höchsten Maß von Brutalität.<<

Die Senatoren Knowland und Morse kritisieren im Jahre 1947 im US-Senat die Verhältnisse in den französischen Kriegsgefangenenlagern (x131/180): >>(Senator Knowland:) ... Wenn wir nicht sehr vorsichtig sind, könnte sich in späteren Jahren eine für uns höchst peinliche Situation ergeben, in der nachgewiesen wird, daß einige von amerikanischen Streitkräften eingebrachte Gefangene nicht sehr viel besser behandelt worden sind als einige andere Gefangene, die im Deutschland der Nazis in Konzentrationslager geworfen worden sind. ...

(Senator Morse verlas danach einen Artikel der US-Kolumnistin Dorothy Thompson:) ... Dieses Land hat mit unserer Zustimmung, mit unserer Komplizenschaft und in Verletzung der Genfer Konvention (Gefangene) als Sklavenarbeiter eingesetzt unter derselben Definition, die in Nürnberg gegen ... Sauckel angewandt worden ist (der dann hingerichtet wurde). ...<<

11.02.1948: Die US-Zeitschrift "LIFE" schreibt am 11. Februar 1948, daß der tatsächliche Reparationspreis des Krieges nicht die maschinelle Ausplünderung Deutschlands war, sondern das deutsche Hirn und die deutsche Forschung.

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtet später über die "Anwerbung von deutschen Wissenschaftlern" (x310/315-316): >>Das streng geheime Rekrutierungsprogramm wurde von der Joint Intelligence Objective Agency (JIOA) betrieben, die William Henry Whalen unterstand.

Im September 1945 wurde die erste Gruppe von sieben Wissenschaftlern eingeflogen, darunter Wernher von Braun. Insgesamt kamen 127 Raketenforscher aus Peenemünde ...

Insgesamt brachte die "Operation Paperclip" so Linda Hunt, um die 1.600 Wissenschaftler und Spezialisten in die USA, die für die Regierung, die U.S. Army oder die NASA arbeiteten, dabei auch am Mondlandungsprogramm. Darüber hinaus kamen Hunderte von Wissenschaftlern, die bei CIA-Tarnorganisationen, Universitäten, oder Rüstungsfirmen angestellt wurden, darunter Lockheed, Martin Marietta und North American Aviation.

Die JIOA hatte immer behauptet, die Operation habe 1947 geendet, aber tatsächlich wurde sie 1948 noch ausgeweitet, erreichte ihren Höhepunkt 1956 und endete erst 1973. Die USA befanden sich dabei in einem Wettlauf mit den Sowjets, die ebenfalls nach Nazi-Wissenschaftlern und Spionen in den von ihnen besetzten Gebieten suchten. ...<<

25.02.1948: Nach offiziellen Angaben befinden sich am 26. Februar 1948 noch 280.000 Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft (x112/461).

18.03.1948: Beim 2. Volkskongreß spricht sich Otto Grotewohl (1894-1964, ab 1949 Ministerpräsident der DDR) am 18. März 1948 für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie aus (x009/509).

20.03.1948: Am 20. März 1948 findet die letzte Sitzung des Alliierten Kontrollrats statt. Marschall Wassili D. Sokolowski (1897-1968, ab 1946 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) protestiert gegen die antisowjetische Haltung der Westmächte und verläßt vorzeitig die Sitzung des Alliierten Kontrollrats.

Die Viermächte-Verwaltung Deutschlands wird damit beendet, denn der Alliierte Kontrollrat nimmt die Arbeit später nicht mehr auf. Danach beginnt der sog. "Kalte Krieg" mit scharfer Propaganda, Druckmitteln und Zwangsmaßnahmen aller Art. Dieser "Kalte Krieg" hat für Deutschland verhängnisvolle Folgen, denn er besiegelt langfristig die deutsche Spaltung.

März 1948: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im März 1948 täglich nur 1.298 Kalorien zugeteilt.

03.04.1948: Das europäische Wiederaufbauprogramm (Marshall-Plan) wird am 3. April 1948 verabschiedet.

Bis zum 30. Juli 1952 erhalten z.B. England 3,176 Milliarden Dollar, Frankreich 2,706 Milliarden Dollar; Italien 1,474 Milliarden Dollar und Westdeutschland 1,389 Milliarden Dollar (x024/225).

Der Marshall-Plan erfolgt vor allem aus politischen Gesichtspunkten (kontrollierte Eingliederung Deutschlands in das westeuropäische Staatensystem). Mit dem Marshall-Plan beginnt im Jahre 1948 die europäische Integration. Der Marshall-Plan ist damals kein selbstloser Akt der USA, denn der Wiederaufbau der zerstörten westeuropäischen Infrastruktur wird vielerorts von US-Unternehmen durchgeführt.

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann (1910-1990) schreibt später über den Marshall-Plan (x243/161): >>... Die Motive für den Marshall-Plan müßten vor allem in der amerikanischen Überproduktion, im Willen zur Liberalisierung (Erleichterung) des Welthandels, aber auch im politischen und ideologischen Bereich gesehen werden.<<

11.05.1948: Die Herausgeber des "Ulenspiegels" müssen am 11. Mai 1948 ihre Lizenz an die nordamerikanische Militärregierung zurückgeben, weil sie ihre Unabhängigkeit verteidigen und kritische Berichte veröffentlichen.

14.05.1948: Nach dem Erlöschen des britischen Mandats über Palästina ruft Ben Gurion am 14. Mai 1948 in Tel Aviv den unabhängigen Staat Israel aus und übernimmt das Amt des Premierministers.

Der neue Staat Israel wird nach dem Gründungsakt durch die Vereinigten Staaten anerkannt. Die Anerkennung durch die Sowjetunion folgt einige Tage später. Die arabische Bevölkerung lehnt den Staat entschieden ab. Nach schweren Unruhen zwischen Juden und Arabern kommt es später zum offenen Krieg.

02.06.1948: Viktor Brack (1904 in Haaren geboren) wird am 2. Juni 1948 in Landsberg/Lech gehängt.

Brack leitete zunächst von 1939-41 die "Vernichtungsaktion T4" ("Euthanasie-Programm"). In den NS-Vernichtungslagern organisierte und überwachte Brack anschließend den Bau und Betrieb der Tötungseinrichtungen (Gaskammern und Vergasungswagen).

Die Londoner Sechsmächte-Konferenz (20. April bis 2. Juni 1948) endet mit der Empfehlung, Deutschland am Wiederaufbau Europas zu beteiligen sowie die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes und die Bildung eines westdeutschen Staates anzustreben (x156/55-56): >>>Es wurde eine Übereinstimmung erzielt, die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes zu empfehlen, in der die Vereinig-

ten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich, die Benelux-Länder und Deutschland vertreten sein sollen.

Die Errichtung dieser Behörde bedeutet keine politische Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland. Vorgesehen ist jedoch die Kontrolle über die Verteilung der Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion der Ruhr, um einerseits zu verhindern, daß die industrielle Konzentration in diesem Gebiet zu einem Aggressionsmittel wird, und andererseits zu gewährleisten, daß die Produktion allen am europäischen Wirtschaftsprogramm teilnehmenden Ländern einschließlich Deutschlands zugute kommt. ...<<

17.06.1948: Die deutsche Fischereiflotte (68 Schiffe) darf am 17. Juni 1948 erstmals seit dem Kriegsende wieder zum Fischfang starten.

20.06.1948: In den Westzonen wird am 20. Juni 1948 die Währungsreform durchgeführt. Jeder Westdeutsche erhält ein "Kopfgeld" von 40 DM, das einen Monat später um 20 DM erhöht wird.

Sämtliche Forderungen werden auf 10 % ihres Nennwertes abgewertet. Die Reichsmark-Geldkonten tauscht man im Verhältnis 100:6,5 in Deutsche Mark um (x069/214).

Diese Währungsreform trifft besonders die kleineren und mittleren Einkommensbezieher außerordentlich schwer. Die Besitzer von Sachwerten (Unternehmer, Kaufleute, Landwirte und andere) werden durch die Währungsreform nachweislich bevorzugt und erhalten beträchtliche finanzielle Vorteile. Ihr Sachkapital wird nicht reduziert und sie werden gleichzeitig von 90 % ihrer Verbindlichkeiten befreit. Die Währungsreform der Alliierten ist für die große Mehrheit der Deutschen hart und ungerecht, aber sie schafft trotz alledem eine solide Grundlage für den deutschen Wiederaufbau und das spätere deutsche "Wirtschaftswunder".

23.06.1948: Gemäß SMAD-Befehl Nr. 111 wird am 23. Juni 1948 die "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" in Ost-Berlin und in der SBZ eingeführt (das Umtauschverhältnis entspricht z.T. dem Tausch in den Westzonen).

24.06.1948: Sowjetische Truppen blockieren am 24. Juni 1948 sämtliche Land- und Wasserwege nach den Berliner Westsektoren und unterbrechen die Energieversorgung sowie Lebensmittellieferungen aus der SBZ, um die West-Berliner Bevölkerung auszuhungern. Berlin kann infolgedessen nur noch auf dem Luftweg versorgt werden.

26.06.1948: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erteilt am 26. Juni 1948 den Befehl, eine Luftbrücke nach West-Berlin einzurichten ("Operation Vittels").

Im Verlauf der Aktion "Luftbrücke" fliegen die Nordamerikaner und Briten bis zum Ende der Berliner Blockade (12. Mai 1949) in annähernd 200.000 Flügen rund 1,44 Millionen t Güter nach West-Berlin (x058/152).

01.07.1948: Die westlichen Militärgouverneure übergeben den 11 Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli 1948 in Frankfurt die Richtlinien der Londoner Empfehlungen und beauftragen sie, einen Parlamentarischen Rat zu bilden, um eine Verfassung auszuarbeiten.

Die übergebenen Dokumente (sog. "Frankfurter Dokumente") vom 1. Juli 1948 enthalten den Gründungsauftrag für die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Richtlinien für die Verfassung, Aufforderung zur Überprüfung der Ländergrenzen und Grundsätze eines Besatzungsstatus.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Nachkriegspolitik der westlichen Siegermächte (x068/279): >>... Zuletzt wollte Eisenhower "starke Alliierte". Man erkannte die Nützlichkeit der Besiegten, konnte sie zum Puffer gegen die roten Teufel machen, zum "Bollwerk", so McCloy, "gegen die Sowjetunion": auch, wenn es denn sein mußte, zum Schlachtfeld. Die Deutschen hatten Erfahrung in derlei, und diese Erfahrung ließ sich nutzen.

Ergo entstanden sowohl der "Eiserne Vorhang" wie die "Bundesrepublik Deutschland" zuerst in amerikanischen Köpfen. Das eine wie das andere ist ihr Erzeugnis. Die Amerikaner befah-

len, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. ...<< **10.07.1948:** Während der Zonenkonferenz in Minden kritisiert Konrad Adenauer am 10. Juli 1948 das Londoner Abkommen (x112/548): >>... Das Londoner Abkommen ist gegenüber dem Versailler Vertrag viel, viel härter und schwerer.

Eine solche wirtschaftliche Annektion ist noch schlimmer als eine politische Annektion. Bei einer politischen Annektion werden die Menschen gehört, sie werden Bürger, und sie bekommen ihre Abgeordneten, und man beschäftigt sich mit ihnen. So aber arbeiten wir unter Kontrolle und für die andern.

Ob das auf Dauer gutgehen wird, das wage ich zu bezweifeln.<<

24.08.1948: Der für die Erstellung von Richtlinien für ein "Grundgesetz" betraute Sachverständigen-Ausschuß überreicht am 24. August 1948 einen kommentierten Verfassungsentwurf (x063/630): >>(Nach Auffassung der meisten Sachverständigen) ... ist das Deutsche Reich als Staat und Rechtssubjekt nicht untergegangen, sondern lediglich desorganisiert und seiner Geschäftsfähigkeit beraubt worden.

Es kann sich also nicht darum handeln, Deutschland staatlich neu zu konstituieren, sondern ausschließlich darum, es – wenn auch unter Beschränkung auf seine westlichen Gebiete – provisorisch neu zu organisieren, wie etwa Frankreich durch die Verfassung der Vierten Republik nicht neu konstituiert, sondern nur neu organisiert worden ist. ...

(Artikel 23 des Entwurfs bestimmte bereits:) Der Bund führt die schwarz-rot-goldene Flagge der Deutschen Republik. ...<<

31.08.1948: In einem Memorandum der französischen Militärmission schlägt man den anglo-amerikanischen Siegermächten am 31. August 1948 vor, die Massenauswanderung von 8 Millionen Deutschen (weitgehend eigentumslose Vertriebene) nach Übersee zu ermöglichen (x153/53).

06.10.1948: Die Westberliner Militärregierungen ordnen am 6. Oktober 1948 an, rd. 350.000 Raummeter Holz zu fällen, um Brennstoffe für den Winter zu erhalten.

Der Waldbestand im Westen Berlins wird der dadurch bis Januar 1949 um zwei Drittel reduziert (x112/603).

20.10.1948: Der Parlamentarische Rat legt am 20. Oktober 1948 in Bonn den ersten Entwurf von insgesamt 127 Artikeln des künftigen Grundgesetzes für Westdeutschland vor.

22.10.1948: Der "Deutsche Volksrat" veröffentlicht am 22. Oktober 1948 den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik".

09.12.1948: Die UN-Konvention "über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" wird am 9. Dezember 1948 offiziell verabschiedet und verkündet (x075/52-53): >>... Art. I. Die vertragsschließenden Parteien bestätigen, das Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß dem internationalen Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.

Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

- a) Tötung von Mitgliedern einer Gruppe;
- b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;

d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. ...<<

In dieser Erklärung der UNO-Generalversammlung heißt es ferner, daß niemand willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden darf (Art. 9) und daß jeder Mensch das Recht hat, jedes Land, auch sein eigenes Land, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren (Art. 13). ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen.

Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten – die größte Vertreibung der Weltgeschichte – müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.<<

28.12.1948: Beim "Londoner Sechs-Mächte-Abkommen" beschließen die westlichen Besatzungsmächte und die Benelux-Staaten (Belgien, Niederlande und Luxemburg) am 28. Dezember 1948 die Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut), um die gesamte Kohlen- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes zu kontrollieren (x101/18).

Das Ruhrstatut wird später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23.07.1952 in die Montanunion integriert.

1948: Die Besatzungsmächte kümmern sich im Jahre 1948 weiterhin in erster Linie um die Abwicklung des "Bevölkerungstransfers" der Ost- und Volksdeutschen, während man die schwierige wirtschaftliche, politische und soziale Eingliederung der Vertriebenen größtenteils den deutschen Behörden überläßt. Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Ost-Mitteleuropa müssen in den mittel- und westdeutschen Besatzungszonen untergebracht werden. Diese "Umsiedler" verändern maßgeblich die soziale Struktur Deutschlands.

Der einzige Willkommensgruß für die Heimatlosen ist gewöhnlich nur eine karge Mahlzeit. Wer keine Verwandten im Westen hat, muß sehen, wo und wie er unterkommt. Die einheimischen Hauseigentümer und Mieter von großen Wohnungen müssen vielerorts Räume an die unerwünschten Landsleute abtreten. Während dieser Zwangseinweisungen kommt es ständig zu Reibereien mit den Einheimischen, denn fast niemand will die Fremden freiwillig aufnehmen. In vielen Landkreisen und Gemeinden muß man Wohnräume mit Waffengewalt beschlagnahmen, um die heimatlosen Neuankömmlinge unterzubringen.

Ein Zeitzeuge schreibt im Jahre 1948 über diese radikalen Zwangseinweisungen (x153/25): >>Jedes Haus steht dem Zugriff offen. Man findet das fast schon selbstverständlich, muß sich aber doch einmal klarmachen, wie ungeheuerlich die Belegung der Häuser und Wohnungen mit fremden Familien ... ist.<<

24.01.1949: Das Politbüro übernimmt am 24. Januar 1949 die Leitung des Zentralkomitees der SED.

Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014) berichtet später über die SED (x156/67): >>Es war Februar 1949 geworden. Die SED hatte sich immer mehr dem "sowjetischen Vorbild" angeglichen. ... Das Zentralsekretariat der SED wurde aufgelöst. An seine Stelle trat ein Politbüro, bestehend aus 9 Mitgliedern, darunter 6 ehemaligen KP-Spitzenfunktionären und 3 ehemaligen Sozialdemokraten. Für die laufende Arbeit wurde ein "kleines Sekretariat" unter dem Vorsitz Ulbrichts geschaffen. Eine zentrale Parteikontrollkommission unter Vorsitz von Hermann Matern folgte.

All das lief unter der Losung der Entwicklung zu einer "Partei neuen Typs" – es war aber

nichts anderes als die weitere Angleichung der SED an die stalinistische Partei der Sowjetunion. ...<<

15.03.1949: US-Militärgouverneur General Clay gibt am 15. März 1949 bekannt, daß die "negative Phase der US-Besatzungspolitik in Deutschland" beendet und eine "konstruktive Politik" begonnen werden soll (x112/673).

04.04.1949: In Washington wird am 4. April 1949 die NATO gegründet.

10 europäische Staaten schließen mit den USA und Kanada den Nordatlantikpakt.

08.04.1949: Die französische Zone schließt sich am 8. April 1949 mit der Bizone zur Trizone zusammen.

Die Außenminister Acheson (USA), Bevin (England) und Schuman (Frankreich) beschließen am 8. April 1949 während einer Konferenz in Washington (vom 5. bis zum 8. April 1949) ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).

09.04.1949: Die Aufhebung des Koalitionsverbotes für die deutschen Vertriebenen-Organisationen führt am 9. April 1949 zur Gründung des "Zentralverbandes vertriebener Deutscher". Nach langen Verhandlungen schließen sich die Landesverbände der Vertriebenen in Frankfurt zum "Zentralverband vertriebener Deutscher" (ZvD) zusammen. 1. Vorsitzende wird Dr. Hans Lukaschek, der später von Dr. Linus Kather abgelöst wird.

22.04.1949: Das "Ruhrstatut" tritt am 22. April 1949 in Kraft.

Die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes wird damals einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

In diesem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 heißt es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokses und des Stahls.

...

Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 6. Januar 1949: >>Das Ruhrstatut

... In jeder modernen Wirtschaft kann man über die Kontrolle der Grundstoffe: Kohle, Stahl und Roheisen praktisch die gesamte Volkswirtschaft lenken. Wenn außerdem die Ruhrbehörde laut §§ 14 und 15 noch ermächtigt ist, die Qualitäten und Typen bei der Ausfuhr zu bestimmen und die Preise, das Transportwesen, die Zölle und Wirtschaftsmethoden zu überprüfen, so bedeutet dies, daß eine internationale Kommission die Struktur der deutschen Wirtschaft bestimmt, die Höhe des Eigenverbrauchs und den deutschen Lebensstandard.

... Kann man hoffen, daß das deutsche Interesse: so viele Fertigfabrikate und so wenig Rohstoffe wie möglich zu exportieren, von den übrigen Mitgliedern respektiert wird? Und schließlich erhebt sich noch die politische Frage, kann man die zukünftige deutsche Regierung von vornherein in ihren Kompetenzen so stark einschränken, daß sie eine eigene Wirtschaftspolitik eigentlich gar nicht mehr ausüben kann? ...

Die Ruhrbehörde kann, wie ihre Kritiker sagen, zur kolonialen Ausbeutung Deutschlands führen ...<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (2/1949) berichtet am 8. Januar 1949 über das Ruhrstatut: >>Tedeum des Sieges

Der französische Ministerrat beeilte sich, den Entwurf des Londoner Ruhrstatuts als erste beteiligte Regierung zu billigen. Er tat das "mit Genugtuung". Die Statuten gehen den Franzosen ein wie Honigseim. Die Deutschen schlucken schwer an dem bisher bittersten Tropfen aus dem totalen Kapitulationskelch.

Das Ruhrgebiet bleibt deutsches Eigentum und in deutscher Verwaltung. Daran ändert keiner der 35 Paragraphen des Kontrollstatuts der Engländer, Amerikaner und der Benelux-Staaten etwas. Sonst aber ändert sich manches.

Treu und Glauben. "Das Ruhrstatut ist der tragische Fehlschlag der Nachkriegszeit", konstatiert Wirtschaftsdirektor Ludwig Erhard in der Höchster McNair-Kaserne. "Die letzte Konsequenz des Statuts ist, daß die soziale Lebensführung, der Lebensstandard des deutschen Volkes, jetzt nicht mehr abhängig ist von deutschen Bestrebungen, deutschem Fleiß und deutscher Sozialpolitik, sondern vom Votum der Interessenten und Konkurrenten der deutschen Wirtschaft." ...

Auch die letzten Bayern. "In der Praxis wird die internationale Ruhrbehörde das künftige westdeutsche Wirtschaftsministerium sein", befürchtet Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister SPD-Professor Erik Nölting. "Sie wird den Lebensstandard auch des letzten Bayern im Allgäu bestimmen."

"Exterritoriale Vorrechte, wie sie im Ruhrgebiet einer administrativ tätigen Behörde eingeräumt werden, gehörten bislang zum Instrumentarium der Kolonialpolitik." ...

Ruhrstatut und Besatzungsstatut sollen Kern einer künftigen Friedensregelung mit Deutschland bilden. Die drei deutschen Stimmen gehören bis zur Bildung einer westdeutschen Regierung einem alliierten Besatzungsvertreter. Sie werden immer nur ein schwaches Stimmchen in dem Chor der anderen Partner sein. Zur Beschlußfassung der Behörde genügen acht Jastimmen. ...

"Das Ruhrstatut bedeutet Sklaverei" schrieben Kommunistenhände in roter Farbe an die Fassade des Düsseldorfer Arbeitsamtes. ...<<

25.04.1949: US-Militärgouverneur General Clay gibt am 25. April 1949 bekannt, daß der künftige westdeutsche Staat "Bundesrepublik Deutschland" heißen wird.

05.05.1949: Der Europarat (Sitz: Straßburg) wird am 5. Mai 1949 in London gegründet. Der Europarat wird am 5. Mai 1949 in Straßburg gegründet.

08.05.1949: Im Treptower Park in Berlin wird am 8. Mai 1949 nach 3jähriger Bauzeit ein riesiges Ehrendenkmal für die Gefallenen der Roten Armee eingeweiht.

10.05.1949: Der Parlamentarische Rat entscheidet sich am 10. Mai 1949 mit 33 gegen 29 Stimmen für Bonn als vorläufigen Regierungssitz.

12.05.1949: Die westlichen Militärgouverneure, General B. H. Robertson (britische Zone), General Pierre Koenig (französische Zone), General Lucius D. Clay (nordamerikanische Zone), genehmigen am 12. Mai 1949 das Grundgesetz und verkünden gleichzeitig das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland (x101/198-199).

23.05.1949: Der Parlamentarische Rat stellt am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten westdeutschen Länder (Ausnahme: Bayern) angenommen und damit die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.

Eine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes erfolgt damals nicht, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft tritt.

Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" (Forderungen) der Westmächte berücksichtigt werden müssen, soll im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Es wird deshalb auf einen Volksentscheid verzichtet.

Die Präambel (feierliche Einleitung) des Grundgesetzes lautet (x067/226): >>Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bre-

men, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.<<

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird damals nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel heißt, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte - als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen - in Kraft gesetzt.

20.06.1949: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) berichtet am 20. Juni 1949 in Gelsenkirchen (x268/213): >>... Deutschland hat schon jetzt mehr Reparationen bezahlt als nach dem Ersten Weltkrieg.<<

14.08.1949: In den 3 Westzonen findet am 14. August 1949 die 1. Bundestagswahl der Bundesrepublik Deutschland statt (x089/82): >>CDU/CSU = 31 %, SPD = 29,2 %, FDP = 11,9 %, KPD = 5,7 %, DP = 4 %, Sonstige = 19,2 %.<<

12.09.1949: Der FDP-Politiker Theodor Heuss (1884-1963) wird am 12. September 1949 zum Bundespräsidenten gewählt.

Der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland ist ein ungewöhnlich beliebter Politiker. Heuss wird von der Bevölkerung in den folgenden Jahren sehr verehrt und geachtet.

15.09.1949: Konrad Adenauer wird am 15. September 1949 zum Bundeskanzler gewählt. Bundeskanzler Adenauer bildet daraufhin noch am selben Tag eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und DP.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Bundeskanzler Adenauer (x068/302): >>... Wie das ostdeutsche Marionettenensemble in Pankow Moskaus Direktiven erfüllte, so (erfüllte) im Westen, in Bonn, der katholische Kanzler (Adenauer) die Wünsche Washingtons, der USA ...<<

21.09.1949: Das "neue Besatzungsstatut" der Alliierten tritt am 21. September 1949 in Kraft. Dieses Besatzungsstatut reduziert zwar die geplanten Demontagen, aber die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland wird durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte bis zum 4. Mai 1955 (Deutschlandvertrag) erheblich eingeschränkt. Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und die Ruhrkontrolle ändert sich damals jedenfalls noch nicht.

07.10.1949: Die "Provisorische Volkskammer" gründet am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik.

Die Ausrufung der "DDR" erfolgt aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland; scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich war dieser Schritt nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion bereits seit Juli 1945 eingeleitet hatte (x009/406).

Mit der Proklamation der SBZ zur sog. DDR geht die DWK in der "Provisorischen Regierung der DDR" auf. Die leitenden Persönlichkeiten der DWK werden Minister und Staatssekretäre.

22.11.1949: Im Petersberger Abkommen vereinbaren die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die BRD beantragt danach den Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut).

Im Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 heißt es (x067/227-228): >>1. Die Hohe Kommission und die Bundesregierung sind sich darin einig, daß die Beteiligung Deutschlands an all jenen internationalen Organisationen herbeigeführt werden soll, durch welche die

Erfahrung Deutschlands und dessen Unterstützung zum allgemeinen Wohlergehen beitragen können. ...

Sie stellen den auf beiden Seiten ausgesprochenen Wunsch fest, daß die Bundesrepublik bald als ein assoziiertes Mitglied in den Europarat aufgenommen und daß ein bilaterales Abkommen mit der Regierung der USA über die Mithilfe unterzeichnet werden sollte.

2. Die Bundesregierung, in Erwägung der Wünschbarkeit der möglichst engen Mitarbeit Deutschlands bei der Wiedererrichtung der westeuropäischen Wirtschaft, erklärt ihre Absicht, das Gesuch um die Mitgliedschaft bei der internationalen Ruhrbehörde zu stellen. ...<<

26.11.1949: Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtet am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte.

Der Abgeordnete Adolf Arndt (SPD) nannte den Abschluß des Abkommens vom Petersberg durch den Bundeskanzler einen "autoritären Handstreich" und forderte namens der SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, nachträglich die Zustimmung des Bonner Parlaments zum Bonner Protokoll einzuholen. Der Abschluß sei ein neues Glied in der Kette der Versuche, das Parlament auszuschalten. ... Deutschlands Beitritt zum Ruhrstatut beinhalte ein internationales Abkommen, daß nur durch einen Akt des Bundespräsidenten abgeschlossen werden dürfe.

Der SPD-Abgeordnete Erich Ollenhauer erklärte, daß versucht worden sei, mit Demontageerfolgen andere Dinge zu verschleiern ...<<

1949: In den Jahren 1945-49 müssen die Westdeutschen Besatzungskosten in Höhe von insgesamt 21.289 Millionen RM/DM zahlen (britische Zone: 10.416 Millionen RM/DM, US-Zone: 7.882 Millionen RM/DM und französische Zone: 2.991 Millionen RM/DM).

Im gleichen Zeitraum sind in den 3 westdeutschen Besatzungszonen außerdem 2.280 Millionen RM/DM für ausländische Zwangsarbeiter (ehemalige verschleppte "Fremdarbeiter") aufzubringen (x111/79-80).

20.01.1950: Die DDR-Zeitschrift "Für Dich" berichtet am 20. Januar 1950 über die angeblich guten Haftverhältnisse im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen (x126/194): >>Ein Tagesablauf im Internierungslager entsprach durchaus dem Tagesablauf eines werktätigen Menschen. Außer dem Freiheitsentzug gab es für die Häftlinge keine besonderen Härten. ... (Die Lagerinsassen hätten sich unter Tränen von ihrem sowjetischen Wachpersonal) "in vielen Fällen Freunde" (verabschiedet).<<

10.03.1950: Das letzte sowjetische Internierungslager, das Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg, wird am 10. März 1950 aufgelöst. Rd. 5.700 deutsche Häftlinge transportiert man in die Zuchthäuser Hoheneck-Stollberg, Torgau und Waldheim.

Im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen wurden insgesamt ca. 50.000 deutsche Frauen und Männer inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 12.000-16.000 Häftlinge).

Von August 1945 bis März 1950 starben hier etwa 15.000-20.000 Häftlinge (x126/91). Die Toten wurden größtenteils in der Nähe von Schmachtenhagen in Massengräbern bestattet. Etwa 5.000-7.000 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.

01.05.1950: Am 1. Mai 1950 wird die Lebensmittelrationierung aufgehoben und die staatliche Lebensmittelbewirtschaftung (seit dem 27.8.1939 Ausgabe von Lebensmittelkarten) in der Bundesrepublik Deutschland beendet.

08.05.1950: Die SED begeht den 8. Mai 1950 erstmalig als staatlichen Feiertag ("Tag der Befreiung").

12.09.1950: Am 12. September 1950, dem 2. Jahrestag der Bundespräsidentenwahl, werden auch die Flaggen der ehemaligen deutschen Ostprovinzen vor dem Bundestag gehißt.

04.11.1950: In der Nacht zum 4. November 1950 werden die in Waldheim zum Tod verurteil-

ten NS-Kriegsverbrecher hingerichtet. 24 Verurteilte sterben durch den Strang oder die Guillotine (x126/219).

1950: Im Jahre 1950 fliehen 197.788 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Max Horkheimer (1895-1973, deutscher Philosoph und Soziologe) und Theodor W. Adorno (1903-1969, eigentlich T. Wiesengrund, deutscher Philosoph, Soziologe, Musiktheoretiker) kehren im Jahre 1950 aus dem US-Exil zurück und gründen mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägt später vor allem die linksradikale 68er Bewegung.

08.01.1951: Der Staatspräsident erläßt am 8. Januar 1951 ein Gesetz über die polnische Staatsbürgerschaft, um angeblich die bisherige gesetzliche Diskriminierung der noch im Lande befindlichen deutschen Bevölkerung in den Oder-Neiße-Gebieten aufzuheben (x003/VII).

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen berichtet später über die völkerrechtswidrige Aufzwingung der polnischen Staatsangehörigkeit (x077/47): >>Über 1 Million Deutscher sind zu polnischen Staatsangehörigen wider Willen von der Verwaltungsmacht erklärt worden. Dies widerspricht den völkerrechtlichen Regeln über die Verleihung der Staatsangehörigkeit an fremde Staatsangehörige. ...<<

18.04.1951: In Paris unterzeichnen Frankreich, Belgien, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland am 18. April 1951 den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) bzw. Montanunion (x156/73): >>...

Artikel 97

Dieser Vertrag gilt für die Dauer von 50 Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an. ...<<

Die Montanunion bzw. die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) ist eine supranationale Behörde mit unabhängiger Entscheidungsbefugnis und verfügt bereits über wesentliche Strukturen der späteren EWG.

Durch die Gründung der Montanunion bzw. Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (der EGKS-Vertrag tritt am 23. Juli 1952 in Kraft) wird angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich sowie der Anfang der späteren europäischen Gemeinschaft vollzogen.

Die von den westlichen Siegermächten angeordnete Vergemeinschaftung der kriegswichtigen Grundstoffindustrien Kohle und Stahl gewährleistet eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Frankreich geht es nicht nur um die Kontrolle der deutschen Kohle- und Stahlindustrie, sondern vor allem um die Förderung der eigenen Wirtschaft.

Die Hohe Behörde der Montanunion wird 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert. Nach Ablauf des auf 50 Jahre begrenzten Vertrages (23.07.2002) stellt die Montanunion schließlich ihre Tätigkeit ein, ihre Befugnisse und ihr Vermögen gehen danach auf die EG über.

08.06.1951: In der Bundesrepublik Deutschland werden am 8. Juni 1951 die letzten NS-Kriegsverbrecher hingerichtet. Gehängt werden die SS-Führer Paul Blobel, Werner Braune, Erich Naumann, Otto Ohlendorf, Oswald Pohl, Georg Schallermaier und Hans Schmidt (ehemaliger Adjutant im KZ Buchenwald).

Im Verlauf der Prozesse und der Entnazifizierung werden in den Westzonen mindestens 800 Kriegsverbrecher durch die Siegermächte zum Tod verurteilt, von denen man etwa 500 hingerichtet. Während dieser Kriegsverbrecherprozesse ahndet man lediglich die zahllosen Verbrechen der Verlierer. Die Kriegs- und Nachkriegsverbrecher der Siegermächte zieht niemand zur Rechenschaft.

In den folgenden Jahren ermittelt die westdeutsche Justiz gegen mehr als 84.000 Deutsche und verurteilt über 6.400 Angeklagte wegen nachgewiesener NS-Verbrechen (x025/195).

29.06.1951: Die Bundesregierung verkündet am 29. Juni 1951 das Gesetz über die Feststel-

lung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1950 (x182/218): >>Von den Ausgaben in Höhe von 12,4 Milliarden DM entfallen 37,7 % auf Sozialleistungen und 37,5 % auf Besatzungskosten. ...<<

09.07.1951: Die britische Regierung beendet am 9. Juli 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

13.07.1951: Die französische Regierung Frankreich beendet am 13. Juli 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

18.09.1951: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) kritisiert am 18. September 1951 in einer Rundfunkansprache die Politik des deutschen Bundeskanzlers und der Westalliierten (x156/108-110): >>Das Washingtoner Abkommen der 3 westlichen Außenminister bedeutet eine Einigung der 3 Westmächte unter sich in ihrer Deutschland-Politik auf der französischen Linie. ...

Ein starkes Europa ist nicht möglich durch deutsche Selbstverleugung, die nur die Selbstüberhebung anderer hervorruft. Schuman-Plan und Plevan-Plan haben beide zum Ziele, Wirtschaftskraft und militärisches Menschenpotential der Deutschen unter alliierte, das heißt konkret französische Verfügungsgewalt zu stellen und Europäer zweiter Klasse aus uns zu machen. ...<<

19.10.1951: Die nordamerikanische Regierung beendet am 19. Oktober 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

10.09.1952: Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference unterzeichnen am 10. September 1952 in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.

In der Präambel des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 heißt es (x243/60): >>In der Erwägung

DASS während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unsagbare Verbrechen gegen das jüdische Volk verübt worden sind

UND DASS die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Erklärung von 27. September 1951 ihren Willen bekundet hat, in den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit die materiellen Schadenfolgen dieser Taten wiedergutzumachen ...

SIND der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland zu folgender Vereinbarung gelangt ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 10. September 1952 über die Wiedergutmachungsverhandlungen: >>**Wiedergutmachung**

Die Bundesrepublik Deutschland schließt mit Israel einen Wiedergutmachungsvertrag. In dem u.a. von Bundeskanzler Adenauer und Israels Außenminister Scharett unterzeichneten Abkommen sichert die Bundesrepublik dem Staat Israel im Laufe von 12 Jahren 3 Mrd. Mark in Form von Zahlungen und Warenlieferungen zu.<<

27.02.1953: Im Londoner Abkommen einigen sich die USA, Großbritannien, Frankreich sowie 15 weitere Gläubigerstaaten und die BRD am 27. Februar 1953 über die Regulierung und Tilgung der seit dem Ersten Weltkrieg entstandenen Auslandsschulden sowie die Wirtschaftshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg werden am 27. Februar 1953 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung zurückgestellt (x155/104).

05.03.1953: Josef W. Stalin (1879 in Georgien geboren, eigentlich Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR) stirbt am 5. März 1953 nach einem Gehirnschlag in Moskau.

Nach wissenschaftlichen Untersuchungen von angesehenen belgischen und französischen Historikern, die auch Zahlenmaterial des internationalen Roten Kreuzes auswerten, fordert die sowjetische Terrorherrschaft von 1917-67 (ohne Kriegsverluste) ca. 49,0 Millionen Men-

schenleben (x025/113). Russische Historiker ermitteln in späteren Studien, daß dem Terror des Sowjetkommunismus wahrscheinlich sogar 52-66 Millionen Opfer angelastet werden müssen (x025/259).

17.06.1953: Die öffentlichen Proteste in Ost-Berlin und in der DDR (Gründe: allgemeiner Lohnkampf, Proteste gegen die Erhöhung von Arbeitsnormen, politische und soziale Mißstände usw.) weiten sich am 17. Juni 1953 zur Massendemonstration gegen das SED-Regime aus.

Die sowjetische Besatzungsmacht verhängt daraufhin den Ausnahmezustand und greift sofort militärisch ein, um das Ulbricht-Regime zu stützen. Der Volksaufstand wird schließlich durch brutale Gewalt und Strafmaßnahmen niedergeschlagen.

23.08.1953: Die Sowjets verzichten am 23. August 1953 auf weitere Reparationen und erklären sich bereit, die restlichen SAG-Betriebe ab Januar 1954 zurückzugeben (x009/514).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sowjetischen "Reparationen" in der SBZ von 1945 bis 1953 (x009/368): >>... Legt man den von den Sowjets bis 1953 im allgemeinen selbst angewandten Kurs von 2,50 DM je Dollar zugrunde, so ergibt das bei einer Gesamtsumme von rd. 70 Milliarden Mark eine Reparationsleistung in Höhe von 28 Milliarden Dollar, also 18 Milliarden Dollar mehr, als die Sowjetunion von Gesamtdeutschland an Reparationen gefordert hatte. Behauptungen, wonach die Sowjetunion auf hohe Reparationsleistungen verzichtete, sind unwahr.<<

23.10.1954: Während der "Pariser Konferenz" (19. bis 23. Oktober) wird der sog. "Deutschlandvertrag" (Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA, Großbritannien und Frankreich) vom 26. Mai 1952 geändert.

Die westlichen Siegermächte beschließen ein "Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes" in der Bundesrepublik Deutschland und wandeln den am 17.03.1948 gegründeten Brüsseler Beistandspakt (zwischen Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien und Luxemburg) in die Westeuropäische Union (WEU) um. Die Bundesrepublik Deutschland und Italien werden 1954 Mitglieder der WEU.

Die Pariser Verträge regeln ferner auch die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO (Ermächtigung zur Aufstellung von Truppen im Rahmen der NATO).

25.01.1955: Die Sowjetunion beendet am 25. Januar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland, ohne ihre bestehenden Rechte und Pflichten als Siegermacht aufzuheben.

07.05.1955: Die Bundesrepublik Deutschland tritt am 7. Mai 1955 der Westeuropäischen Union (WEU) bei.

09.05.1955: Die Bundesrepublik Deutschland wird am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO).

14.05.1955: Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn), zu denen als 8. Staat die DDR gehört, schließen am 14. Mai 1955 in Warschau einen Beistands- und Rüstungspakt (Warschauer Beistandspakt bzw. Militärbündnis) gegen die Abwehrbemühungen der nichtkommunistischen Staaten Europas und unterstellen sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.

15.05.1955: Die 4 Siegermächte schließen am 15. Mai 1955 einen Friedensvertrag mit Österreich. Die österreichische Regierung (Bundeskanzler Raab) muß sich zu "immerwährender Neutralität" verpflichten und darf außerdem keine wirtschaftliche oder politische Vereinigung mit Deutschland anstreben (x128/211).

22.09.1955: Die Bundesregierung bestätigt am 22. September 1955 die politischen Grundsätze der "Hallstein-Doktrin".

Diplomatische Beziehungen zur DDR werden danach als unfreundlicher Akt gegen die Bundesrepublik Deutschland eingestuft (x243/191).

23.10.1955: Bei der Volksabstimmung über das Saarstatut vom 23. Oktober 1955 lehnen 67,7

% der Saarländer (Wahlbeteiligung = 97,5 %) das Europäische Statut ab, denn sie wollen Deutsche bleiben (x155/52).

02.01.1956: Die Bundeswehr beginnt am 2. Januar 1956 ihren Dienst.

18.01.1956: Die Volkskammer nimmt am 18. Januar 1956 das Gesetz über den Aufbau einer Nationalen Volksarmee an (Ende der "verdeckten Aufrüstung").

17.08.1956: Die KPD wird am 17. August 1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindlich eingestuft und in der Bundesrepublik Deutschland verboten.

23.10.1956: Die Studentenunruhen in Budapest (bei denen man z.B. demokratische Grundrechte und die Kündigung des Warschauer Paktes fordert) entwickeln sich am 23. Oktober 1956 zu einem spontanen, führerlosen Aufstand der Bevölkerung.

Der ungarische Volksaufstand wird daraufhin innerhalb von zwei Wochen durch sowjetische Truppen rücksichtslos niedergeschlagen. Im gesamten Land finden anschließend massenhafte Deportationen und Hinrichtungen statt. Etwa 200.000 Ungarn fliehen nach dem gescheiterten Volksaufstand bis Ende November 1956 ins Ausland.

1956: Im Jahre 1956 fliehen 279.189 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.